

Ethikerin: Leihmutter-schaft nach Skandal in Ukraine verbieten

IMABE-Geschäftsführerin Kummer: Schockierende Bilder aus Wunschbabyklinik sollten dazu führen, "blinde Flecken in der Debatte" aufzudecken - Babys zur "Abholware" degradiert

Würzburg/Wien, 22.05.2020 (KAP) Babys - bestellt und nicht abgeholt: So könnte man die Tatsache auf den Punkt bringen, dass in der Ukraine mehr als 100 von Leihmüttern geborene Säuglinge wegen der Corona-Krise nicht abgeholt werden können. Für die Wiener Bioethikerin Susanne Kummer haben die schockierenden Bilder, die dazu von Presseagenturen weltweit ausgestrahlt wurden, System und zeigen einen unakzeptablen Missstand im Zusammenhang mit der in der Ukraine besonders verbreiteten Leihmutter-schaft auf: "Pure finanzielle Not" veranlasse die betreffenden Frauen dazu, "sich als Gebärmutter zur Verfügung zu stellen", schrieb die Expertin des von der Österreichischen Bischofskonferenz getragenen Instituts für medizinische Anthropologie und Bioethik (IMABE) in der jüngsten Ausgabe der deutschen Wochenzeitung "Die Tagespost". Sie forderte ein internationales Verbot dieser entwürdigenden Praxis.

Auch der Wiener Erzbischof, Kardinal Christoph Schönborn, zeigte sich in seiner Predigt zu Christi Himmelfahrt berührt vom Schicksal dieser zwischen Bestellelern und Leihmüttern liegenden gebliebenen "Menschenkinder". Es sei "erschütternd" und ein Beispiel für die vielen Facetten der Not in der Welt.

Susanne Kummer sieht durch das jüngst verbreitete Video aus der Kiewer Wunschbabyklinik "BioTexCom" Assoziationen mit einer "Babyfabrik" geweckt: Neugeborene lägen in Reih und Glied in ihren Bettchen und schreien, "abgenabelt von den Müttern, die sie geboren haben, ohne Beziehung zu den Eizell- und Samenspendern, von denen sie genetisch abstammen, bezahlt von den ausländischen Bestellelern, die nicht einreisen dürfen - quasi als Abholware bereit".

Die Ukraine als eines der ärmsten Länder Europas sei weltweit eines der aktivsten Länder in Bezug auf Leihmutter-schaft und "bekannt für besonders unwürdige Angebote geschäftstüchtiger Privatkliniken", wies die IMABE-Geschäftsführerin hin. Es gebe Pauschalangebote von bis zu 60.000 Euro - mit "100 Prozent-Baby-Garantie". Das bedeutet laut Kummer nichts anderes, als dass sowohl Leihmutter als auch Eizellenspenderin - falls eine nötig ist - so lange ausgetauscht werden können, bis eine Schwangerschaft hält und ein Kind geboren wird.

"Auf eine Art Brutkasten reduziert"

Dass es Paare gibt, die sich nichts sehnlicher als ein Kind wünschen, rechtfertige nicht, auf Leihmutter-schaft als Mittel zum Zweck zurückzugreifen. Damit sei "immer eine Ausbeutung von Frauen - körperlich und seelisch -" verbunden, betonte die studierte Philosophin und frühere Wissenschaftsjournalistin. Mütter würden über neun Monate hindurch eine tiefe Bindung zu ihrem Kind aufbauen, Leihmütter müssten hingegen "emotional, physisch und vertraglich wie eine Maschine funktionieren". Sie würden "auf eine Art Brutkasten reduziert" und depersonalisiert. Nicht umsonst werde die Praxis der Leihmutter-schaft als eine "neue, moderne Form des Menschen- und Kinderhandels" bezeichnet, gegen die nicht nur Feministen auf die Barrikaden steigen müssten, schrieb Kummer.

Auch die Kinder würden als Objekt, als Ware gegen Geld gehandelt: "Bestellelern bezahlen, Agenturen verdienen und die Leihmutter erhält ihren (oft kargen) Lohn erst, wenn sie das (gesunde) Kind abgeliefert hat." Dieses Kind habe wie jedes andere auch ein international geschütztes Recht darauf, nach Möglichkeit bei den leiblichen Eltern aufzuwachsen, betonte Kummer. Dieses Recht werde durch Leihmutter-schaft systemimmanent und aus Kindessicht ohne Notwendigkeit verwehrt. Dem Kind drohe eine lebenslang zu bewältigende Bürde.

Für die IMABE-Geschäftsführerin wäre es hoch an der Zeit, die "blinden Flecken in der Debatte" aufzudecken. Leihmutterschaft müsse international verboten werden, die gesetzlichen Schranken in Österreich und Deutschland gelte es abzusichern. "Weder der Körper der Frau noch die Geburt eines Kindes können in Form von Produktion und Warenaustausch gehandelt werden, ohne dass dabei die Rechte des Einzelnen grob verletzt werden", hielt Kummer fest. "Frauen sind keine Gebärmaschinen, Kinder keine Handelsware."